

Mainz, den 5. März 2021

Pressemitteilung

Weltfrauentag am 8.März: Frauen müssen ihre Potenziale verwirklichen können! Bildungsangebote und Förderung der Arbeitsmarktintegration stärker an ihren Bedarfen ausrichten

Zum Weltfrauentag weist der Initiativeausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz darauf hin, dass Frauen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte im Rahmen der Integrationsförderung zu wenig unterstützt werden: *„Ihr Potential und ihre Bereitschaft, gesellschaftliche Verantwortung auch außerhalb der Familie zu übernehmen, bleiben damit zu oft ungenutzt“*, erklärt Ann-Christin Bölter, rechtspolitische Referentin der Organisation.

„Wir sollten nicht davon abgehalten werden, unsere Talente voll auszuschöpfen, das beizutragen, was wir zur Gesellschaft beitragen könnten, weil wir in eine bestimmte Form passen - weil wir zu einer Gruppe gehören, die historisch gesehen immer diskriminiert wurde.“, sagte Ruth Bader Ginsburg in einem Interview im Jahr 2000. Bader Ginsburg war die zweite Frau und erste Jüdin, die zur Richterin am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten ernannt wurde. Ihr Leben lang setzte sie sich u.a. für Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter ein.

Heute, 20 Jahre später, sind wir hiervon immer noch meilenweit entfernt. Mädchen und Frauen werden auf ihrem Weg tagtäglich Steine in den Weg gelegt. Sei es in der Schule, wenn sie eine schlechte Note in Chemie bekommen, *„weil Frauen eh keine Naturwissenschaften können“*. Sei es auf dem Arbeitsmarkt, wenn sie weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, sie schlichtweg nicht ernst genommen werden oder immer noch von ihnen erwartet wird, sich zwischen Karriere und Familie zu entscheiden – um nur einige der zahllosen Beispiele zu nennen.

Frauen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte sind hiervon besonders betroffen. Denn sie müssen nicht nur die Hürden nehmen, die ihnen als Frauen begegnen, sondern zusätzlich Vorurteile überwinden, die auf ihrer (zugeschriebenen) Herkunft aufbauen.

Das macht Unterstützungsangebote, die die konkrete Lebenssituation von Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen mitberücksichtigen, besonders wichtig, um Hindernisse zu überwinden und stabile Brücken in Bildung und den Arbeitsmarkt zu schlagen. Hier besteht erheblicher Verbesserungsbedarf: Bildungsangebote und arbeitsmarktorientierte Integrationsfördermaßnahmen für Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte richten sich weiterhin stark an Männern aus.

In Folge der geringen Beteiligung an Integrationsförderungsmaßnahmen sind Frauen mit einer Migrations- oder Fluchtgeschichte auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor unterrepräsentiert. Zu ihren eigenen Ansprüchen passt das nicht: Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) geben z.B. 88 Prozent der seit 2015 nach Deutschland gekommenen Flüchtlingsfrauen an, in ihrer neuen Heimat „vielleicht“ oder „sicher“ einen Job finden zu wollen. Tatsächlich erwerbstätig sind fünf Jahre nach dem Zuzug aber nur 29 Prozent - gegenüber 57 Prozent der geflüchteten Männer.

Das IAB weist in seinen Untersuchungen darauf hin, dass drei Viertel aller Flüchtlingsfrauen Familie und Kinder haben. Wie in allen Teilen der Bevölkerung gilt auch bei ihnen, dass sie nach wie vor das Gros der Familienarbeit leisten. Die Pandemie hat diese Geschlechter-Ungleichheit weiter verschärft.

Frauen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte haben deshalb im Hinblick auf ihre Integrationsförderung besondere Bedarfe - angefangen bei flankierender Kinderbetreuung über die unabhängige Erreichbarkeit von Kursangeboten bis hin zu Selbststärkungselementen innerhalb der Maßnahmen. Sie müssen stärker als bisher beachtet und auf sie muss konzeptionell mehr als bisher reagiert werden.

„Wer am Weltfrauentag betont, dass ‚Frauen die Hälfte des Himmels tragen‘, muss an den restlichen Tagen des Jahres die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie ihren Weg nach ihren Vorstellungen und gehen ihre Talente so verwirklichen können, wie sie es möchten“, so Ann-Christin Bölter abschließend.

gez. Ann-Christin Bölter, rechtspolitische Referentin